



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24931-33
Fernschreiber 0886690

P/XII/49 - 27. Februar 1957

Hinweise auf den Inhalt:

Die CDU und die Preisspirale	S. 1
Afrika meldet sich	S. 3
Deutsches "Reisewunder" in Zahlen	S. 5
Nachwort zu London	S. 6
Dänische Kinderheit weiterhin unter Bannt?	S. 7

"Haltet den Dieb!"

FB. Mittlerweile hat auch die CDU begriffen, dass im kommenden Wahlkampf und für die Wahlentscheidung auf innenpolitischem Gebiet die Preisentwicklung eine entscheidende Rolle spielen wird. Schliesslich kann man es auch den Wähler nicht übelnehmen, wenn er die Tatsache, dass die D-Mark seit Amtsantritt der Regierung Adenauer 14 % an Kaufkraft verloren hat, in seine Überlegungen mit einbezieht.

Diese Entwicklung war nicht zwangsläufig und naturnotwendig. Die Sozialdemokraten haben bei jeder sich bietenden Gelegenheit der Bundesregierung die Wege gezeigt, die man hätte gehen müssen, um den Preisauftrieb zu stoppen. Die Bundesregierung weigert sich seit Jahr und Tag sozialdemokratischen Vorschlägen zu folgen. Sie hat nie eine vernünftige Zollpolitik betrieben, das Wirtschaftsstrafgesetz kam viel zu spät und zu abgeschwächt und die Einfuhrpolitik wurde nie liberal gehandhabt.

Die Frage für die CDU ist nun, was sie tun soll. Nun, sie versucht zunächst, alle Wirtschaftszweige dahin zu bringen, um Gottes willen vor den Wahlen keine Preiserhöhungen vorzunehmen. Unter der Hand gibt man zu verstehen, das könne man ja nach den Wahlen nachholen...

Die von den Sozialdemokraten empfohlene und von der Bundesregierung und den Bauernverbänden bekämpfte Subventions-Politik bei den wichtigen Agrarpreisen findet im diesjährigen "Grünen Plan" ihren

SPD-Pressedienst

P/XII/49

- 2 -

27. Februar 1957

Niederschlag und niemand spricht mehr davon, dass die Landwirtschaft keine "Bettel-Pfennige", sondern marktgerechte Preise haben will. Selbst in der Zollpolitik rafft man sich ^{jetzt} zu fassen auf. Das Bundeswirtschaftsministerium hat für Juni eine neue Zollsenkungsliste angekündigt, von der man allerdings noch nicht weiss, ob sie nur ein Augentrost für die Wahl sein wird.

Wenn alles nicht hilft, dann will man die Schuld an den steigenden Preisen einem anderen in die Schuhe schieben. Welche Methode man dabei anwenden wird, hat der Bundeswirtschaftsminister in seiner Streikrede angedeutet, und der Nachwuchsstar der CDU, Kai-Uwe von Hassel, hat es am 25. Februar 1957 auf einer Versammlung in Hamburg ganz deutlich ausgesprochen. Wörtlich sagte er:

"Ich habe das Gefühl, dass die Löhne weiter steigen.

Wenn die Löhne steigen, steigen aber auch die Preise,
und bei steigenden Preisen kann man einen Wahlkampf machen."

Das ist die Methode des "Haltet-den-Dieb!". Niemand kann bestreiten, dass wir in der Bundesrepublik eine Preis-Lohn-Spirale und nicht umgekehrt eine Lohn-Preis-Spirale haben. Sollte es vergessen sein, dass die Kohle und Stahlpreiserhöhung, die Mietensteigerung und die Milchpreiserhöhung vor der letzten Tarifbewegung stattgefunden haben?

Ganz abgesehen davon ist die Methode von Kai-Uwe von Hassel auch politisch unanständig. Niemand kann der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion absprechen, dass sie seit Jahr und Tag alles tut, um die Preise zu stabilisieren. Die Bundesregierung hat versagt, sie hat an wenigsten Ursache, für ihr Versagen andere verantwortlich machen zu wollen.

* * *

- 3 -

"Schwarze" Stimmen zum Gemeinsamen Markt

L.o. Paris

"Wir lehnen es ab, das Hochzeitgeschenk anlässlich der europäischen Heirat zu sein", erklärte Leopold Senghor, Mitglied der Französischen Nationalversammlung, Abgeordneter des Senegal, früherer Minister. Senghor ist nicht der einzige Afrikaner, der Bedenken gegen den Europäischen Markt oder genauer: gegen den Einschluss Französisch-Afrikas in diesen Markt geäußert hat. Aber er war bisher, schon aus Temperamentsgründen, derjenige, der seine Bedenken am lebhaftesten ausdrückte. Schon als die Frage des Gemeinsamen Marktes informativ in der Nationalversammlung behandelt wurde - bekanntlich wurde im Gegensatz zum Bonner Parlament das Pariser sehr eingehend über die Pläne informiert - hatte Senghor die Frage aufgeworfen, was aus den Budgets der jetzigen Kolonien und späteren "halbautonomen Republiken" werden soll, falls alle Zölle zwischen ihnen und Frankreich sowie den Markt-Staaten aufgehoben werden. Er erhielt keine ihm befriedigende Antwort.

Nun ist es bewusst naiv, wenn ein Deutscher auf die Frage, wie sich denn die Afrikaner zum Thema des Gemeinsamen Marktes stellen, indigniert erwidert, sie hätten doch sogar einen Minister zu den Verhandlungen delegiert, und man müsse sich auf das verlassen, was dieser Herr gesagt habe. Selbstverständlich haben nicht "die Afrikaner" jenen Minister delegiert, sondern die französische Regierung tat es - denn "afrikanische Minister" gibt es eben noch nicht. Ferner aber nahm dieser Minister, Houphouët-Boigny, der eng mit Guy Mollet, dem Ministerpräsidenten, zusammenarbeitet, nicht an den jüngsten und entscheidenden Pariser Verhandlungen teil, sondern lediglich an ministeriellen Beratungen in Brüssel. So klug, politisch geschult und weitblickend aber dieser Abgeordnete von der Elfenbeinküste sein mag, wird er doch niemals behaupten, dass seine Meinungen die "der Afrikaner" seien.

Wenn nämlich der schwarze Parlamentarier Senghor den schwarzen Parlamentarier Houphouët erst vor wenigen Tagen schärfstens angriff, so geschah dies sehr wahrscheinlich nicht in erster Linie aus persönlicher Rivalität. Vielmehr ist es so, dass die von Frankreich vorbereitete Schaffung von 13 halb-autonomen Republiken - die zum Gemeinsamen Markt gehören sollen - gleichzeitig 13 wirtschaftlich konkurrierende, staatsähnliche Gebilde hervorbringen wird. Es lagen sich also

nicht ein früherer und ein jetziger Minister in der Haaren, sondern die Vertreter zweier künftiger Staatsgebilde. Schon dies zeigt, dass es wirtschaftspolitisch keine unbedingt gleichen Interessen der afrikanischen Bevölkerung gibt.

Ein anderer Abgeordneter aus Senegal, Mamadou Dia, weniger temperamentvoll als Senghor, unterstrich zwar den engen Zusammenhang und Zusammenhalt mit Frankreich, sagte aber dennoch einen legalen Kampf für eine "grösstmögliche Autonomie" an. Nun besteht zweifelsohne zwischen einer Autonomie, also einer Selbstverwaltung, und einer gesamtpolitischen Selbstständigkeit immer noch ein sehr bedeutender Unterschied. Aber es ist doch wohl selbstverständlich, dass das Mitspracherecht umso stärker zum Ausdruck kommt, je "autonomer" ein staatsähnlicher Organismus wird. Wenn der sehr gemässigte Abgeordnete Dia, ein überzeugter Sozialist, nun davon spricht, dass die "grösstmögliche Autonomie" angestrebt werden soll, so ist damit bereits das Verlangen nach dem Mitspracherecht auch in Wirtschaftsfragen ausgedrückt.

Das bedeutet in der Praxis, dass in nicht zu ferner Zeit nicht sechs europäische Staaten den "Gemeinsamen Markt" bilden werden - falls er zustande kommt - sondern diese sechs und die 13 afrikanischen Republiken. Man glaube jedoch nicht, dass dies den Wünschen "der" Afrikaner entspricht: Der Abgeordnete Senghor war es, der die Frage aufwarf, wie man es sich vorstelle, dass Wirtschaftsprobleme, mit denen 43 Millionen Franzosen nicht fertig würden, von jenen einzelnen, unterentwickelten Republiken, etwa von Senegal mit seinen drei Millionen Einwohnern, gelöst werden sollen. Und er wiederholte seine Forderung, die nicht nur seine eigene ist, dass Frankreich zu einem Bundesstaat werden solle, der wirtschaftspolitisch eine Einheit wie die USA oder das Deutsche Reich darstellen müsse.

Das Rahmengesetz für die Schaffung der 13 afrikanischen Republiken zeigt jedoch, dass Frankreich nicht gewillt ist, sich mit dem Gedanken zu befreunden, ein Bundesstaat zu werden. Eben jetzt reist Minister Houphouët durch Afrika, um seinen anderen und weiteren Landsleuten die Vorteile dieses Rahmengesetzes auszusprechen, dessen Vater er ist. So wird es also doch wohl zur Schaffung der 13 zunächst halb-autonomen Republiken kommen, und je schwächer die Betonung der Vorsilbe "halb" wird, desto klarer wird es werden, dass nicht sechs, sondern 19 Partner über die einzelnen Fragen des Gemeinsamen Marktes, soweit sie Afrika angehen, verhandeln müssen. Eigentlich läge es daher doch wohl nahe, dass, wer sich für das Projekt einsetzt, sich schon jetzt über die Sorgen und Absichten derjenigen unterrichtet, die er beglücken will. Keinesfalls ist es hierfür zu früh. Eher ist es etwas zu spät.

Jeder Zweite blieb zu Hause

H.M. Im vergangenen Jahr betrug die Zahl derer, die sich einzeln oder in Gruppen auf Reisen begaben, um einen mehr oder minder bemessenen Urlaub ausserhalb der eigenen vier Wände zu vereringen, nach vorläufigen Schätzungen rund acht Millionen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von fast zwei Millionen und zugleich ein absoluter Reiserkord der Nachkriegszeit. Verfrüht aber wäre jeder Versuch, aus diesen Zahlen auf ein ständig steigendes Masseneinkommen zu schliessen, das den einzelnen zudem ein grösseres Mass an ertspannender Musse gewähre. Die Experten des Fremdenverkehrs, die unter der Bevölkerung eine Umfrage zur Ermittlung der häufigsten Reiseziele und Ferienwünsche durchführten, forderten ein Testergebnis zutage, das geradezu in offenem Widerspruch zur statistisch ausgewiesenen Reiselust steht.

Jeder Zweite erklärte auf Befragen, dass er aus mancherlei Gründen seit Ende des Krieges keine Gelegenheit gefunden habe, eine Ferienreise anzutreten. Von diesem Tatbestand beeindruckt, richteten die Meinungsforscher ihre Ermittlungen auf die zukünftigen Absichten, ohne indessen zu erfreulicheren Resultaten zu gelangen. Jeder zweite Arbeiter, selbständig oder freieruftlich-tätig versicherte, dass es ihm auch künftig aus finanziellen oder beruflichen Gründen nicht möglich sei, einen längeren Erholungsurlaub zu verbringen. Unter der ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung erklärten sich fast drei Viertel ausserstande, Ferienwünsche zu verwirklichen. Bei den Angestellten und Beamten war es indessen nur ein Fünftel, das glaubte, nicht verreisen zu können. Man muss aus diesem Meinungstest den Schluss ziehen, dass es alljährlich derselbe Personenkreis ist, der an deutschen "Reisewunder" teilnimmt.

Leider ging aus der Untersuchung nicht klar hervor, ob der soziologisch sehr deutlich aufgegliederte Reiseverzicht freiwillig oder zwangsläufig erfolgte. Beides kann möglich sein. Arbeiter, Angestellte und Beamte erhalten indessen ihren "bezahlten Urlaub" und wären daher an sich für zeitlich und finanziell gesicherte Ferienreisen gewissermassen prädestiniert. Man ist jedoch über die grossen Unterschiede in der Urlaubsgestaltung von Arbeitern und Beamten mit Recht erstaunt.

Sofern dem Arbeiter nicht unterstellt werden soll, dass sein Reisebedürfnis vollkommen verkümmert sei, muss wohl das finanzielle Leistungsvermögen entscheidend für seinen "Verzicht" auf eine Ferienreise sein, obwohl dies in offiziellen Stellungnahmen immer wieder bestritten wird. Oberhaupt scheint diese Umfrage nur eine längst bekannte Erfahrungstatsache mit entsprechenden Zahlen zu belegen: dass nämlich das deutsche "Reisewunder" nur der vergnügungsbetonnte Ableger des allgemeineren deutschen "Wirtschaftswunders" ist, und dass in beiden Fällen die begünstigten Teilnehmer die gleichen sind. Zu dieser eng begrenzten Kreis - das dürfte das vorgetragene Beispiel erneut bewiesen haben - gehört jedoch auf keinen Fall die Mehrheit der westdeutschen Arbeiterschaft.

Verteidigung gegen Barzahlung

sp - Selten ist zum Abschluss einer Tagung verantwortlicher westeuropäischer Politiker ein dürftigeres Kommuniqué veröffentlicht worden als am Dienstag Abend nach der Konferenz der westeuropäischen Union (WEU) in London. Man gab zu, keine Beschlüsse gefasst zu haben und stellte in Aussicht, dass die britische Ankündigung, die Stärke der englischen Truppen in der Bundesrepublik reduzieren zu sollen, trotz des Einspruchs der übrigen WEU-Mitglieder verwirklicht werden soll. Kein Satz des Kommuniqués lässt darauf schliessen, dass sich die englische Regierung durch den Einspruch beeindrucken liess.

Noch viel aufschlussreicher als das Kommuniqué selbst ist eine Bemerkung des britischen Außenministers Selwyn Lloyd im Anschluss an die Konferenz. Selwyn Lloyd erklärte vor Journalisten, das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen über die von der Bundesrepublik zu zahlenden Stationierungskosten werde eine wichtige Auswirkung auf die Verteilung der Streitkräfte im Jahre 1958 haben (!).

Neben diesem in diplomatischen Kreisen als sehr "hart" empfundenen Hinweis auf britische Erwartungen finanzieller Art, sind alle Beschönigungen über den Ausgang der Konferenz gegenstandslos. Selwyn Lloyd hat deutlich gemacht, dass die Beteiligung Englands an der westeuropäischen Verteidigung unter anderem auch eine Frage der Barzahlung ist.

Dieses "Ergebnis" der Londoner Konferenz hat in Bonner Regierungskreisen den Effekt einer kalten Dusche gehabt. Alle bisherigen Planungen für die Verteidigung Westdeutschlands sind jetzt wieder in Frage gestellt. Politisch schweert man in der ständigen Angst, von denselben "Partnern" desavouiert zu werden, mit denen man gemeinsam die "Verteidigungskonzeption" entwickelt hatte.

Nationalistischer Kurzschluss

sp. Die Kanzlerpartei beruft sich gern auf ihr Europäertum. Der Chef der CDU, der auch Bundeskanzler ist, verlässt keine Gelegenheit, sich als grosser Europäer feiern zu lassen. Über das Europa besonderer Art, das ihm als Leitbild seines politischen Handelns vorschwebt, wird freilich oft, ja allzu oft, das ganze Deutschland vergessen. Aber ist die Partei, deren Vorsitzender er ist, auch wirklich so europäisch, wie sie sich den Anschein gibt?

In Flensburg könnte sie ihre europäische Gesinnung durch die Tat beweisen. Bekanntlich gibt es in Norden von Schleswig-Holstein eine verhältnismässig starke dänische Minderheit, die einzige nationale Minderheit im Gebiete der Bundesrepublik. Im ersten Bundestag war sie durch einen Abgeordneten vertreten. Den Einzug im zweiten Bundestag verhinderte die Fünf-Prozent-Klausel, eine für diese nationale Minderheit unübersteigbare Hürde, obwohl auf sie immerhin noch 4 000 Stimmen entfielen - also mehr Stimmen als im Durchschnitt für die Erringung eines Abgeordnetensitzes notwendig sind.

Die in der Bundesrepublik lebenden Dänen sind in dieser Hinsicht schlechter gestellt als die deutsche Minderheit in Dänemark. Sie hat Sitz und Stimme im dänischen Reichstag, kann sich also, wo es um ihre besonderen Anliegen geht, zu Gehör bringen. Gerade die Bundesrepublik hätte aller Grund, dem dänischen Beispiel zu folgen und für ihre dänischen Mitbürger eine Sonderregelung zu schaffen. Aber was geschieht? Unter der Führung der so betont "europäisch gesinnter" CDU ist eine "nationale Sammlungsbewegung" in Flensburg in Gang, man will durch die Aufstellung eines bürgerlichen Sammlungskandidaten den Vertreter der dänischen Minderheit den Zutritt auch zum dritten deutschen Bundestag versperren. Mit Recht fragt die "Stuttgarter Zeitung", ob sich diese deutschen Politiker mit dem CDU-Ministerpräsidenten von Hassel und einer der Mitvorsitzenden der CDU an der Spitze nicht fragen sollten, ob ein solches Verhalten mit den ungeschriebenen Gesetzen der Demokratie noch in Einklang zu bringen ist. Sicherlich nicht. Dieses Verhalten ist töricht, kurzsichtig und verrät einen nationalistischen Kurzschluss, den wir uns um das gute Verhältnis mit dem dänischen Nachbarvolk willen nicht leisten sollten. Es schafft unnötige Verärgerung, Bitternis aus und lässt Zweifel an der demokratischen Grundhaltung dieser deutschen Politiker aufkommen.

Das Polen Gemulke ist heute fakal, sein Verhältnis zu seinen Minderheiten zum Besseren zu gestalten. Es fiel sogar das Wort von Wiedergutmachung des im Trübel der unmittelbaren Nachkriegszeit den noch in Polen lebenden Deutschen zugefügten Unrechts. Sollen wir uns durch Polen beschämen lassen?

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel